

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Schriftenreihe, Band 7

Gleichberechtigte Teilhabe für Sinti und Roma in Deutschland

Rahmenstrategie der Europäischen Union für die
Verbesserung der Lage von Roma in Europa

Participation with equal rights for Sinti and Roma in Germany

Position paper on the general framework of the
European Union for improving the situation
of Roma in Europe

Dokumentation einer Veranstaltung im Gesprächskreis ‚Minderheiten‘ beim Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 26. Oktober 2011 in Berlin.

Deutsch/Englisch.

Herausgegeben vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Schriftenreihe Band 7.

Diese Veröffentlichung wurde finanziert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags

ISBN: 978-3-929446-29-6

© Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg 2012

Alle Rechte vorbehalten

<http://zentralrat.sintiundroma.de/>

Redaktion: Jara Kehl, Herbert Heuss, Arnold Roßberg

Herstellung Neumann Druck, Heidelberg

Bitte beachten Sie, daß die Seitennumerierung der einzelnen Beiträge nicht der gedruckten Version entspricht.

Wolfgang Bosbach¹

Grußwort

Die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP haben im Anschluss an die beeindruckende Rede von Zoni Weisz anlässlich des Holocaust-Gedenktages und noch bevor die EU Ihre nationale Roma-Strategie verabschiedet hat, im Deutschen Bundestag den Antrag „Situation der Sinti und Roma in Europa verbessern“ eingebracht und mit der Umsetzung der EU-Vorgaben für nationale Roma-Strategien begonnen. Die Regierungskoalition stellte darin klar, dass Sinti und Roma Bürger ihres jeweiligen Staates sind und sich als solche verstehen. Gleichwohl sind Roma in Europa nach wie vor Intoleranz und Diskriminierung ausgesetzt, wirtschaftlich und sozial ausgegrenzt und stigmatisiert – und oft mit offener, fremdenfeindlicher Gewalt konfrontiert.

Diese Gewalt wird heute in einem Ausmaß deutlich, das vor einigen Monaten noch unvorstellbar gewesen ist. Neben den rechtsextremistischen Mordanschlägen in Deutschland gab es eine Mordserie in Ungarn, der elf Menschen zwischen 2008 und 2009 zum Opfer gefallen sind. In anderen Ländern gab es ähnliche Gewalttaten, die durch fremdenfeindlichen und gewaltbereiten Rassismus gekennzeichnet waren. Hier ist der Rechtsstaat gefordert, der die Sicherheit all seiner Bürger gewährleisten muss, und der sein Gewaltmonopol unter keinen Umständen selbsternannten „Bürgerwehren“ und „Garden“ überlassen darf. Gefordert sind ebenso die Europäische Union und die OSZE, um die Menschenrechte für Roma in Europa zu schützen und durchzusetzen.

Der Gesprächskreis Minderheiten im Innenausschuss des Deutschen Bundestages hat sich in seiner Sitzung am 26. Oktober 2011 in Berlin erneut über die Position und Situation von Sinti und Roma in Deutschland informiert. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma stellte in diesem Rahmen sein Positionspapier mit konkreten Forderungen hinsichtlich der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland vor. Dabei herrschte Übereinstimmung dahingehend, dass jedwede Politik daran zu messen ist, inwieweit die formulierten Intentionen auf der lokalen Ebene tatsächlich umgesetzt werden. Dabei gilt für alle Politikfelder, insbesondere aber für den Bildungsbereich, dass jedes Programm vor Ort der Einbindung und Zustimmung der betroffenen Angehörigen der Minderheit bedarf.

Die Europäische Kommission hat den Mitgliedsstaaten offen gelassen, ob sie eine nationale Strategie oder einzelne Programmpakete zur gleichberechtigten Teilhabe von Roma in Europa entwickeln und umsetzen wollen. In den Beiträgen und in der Diskussion wurde deutlich, dass das Thema Sinti und Roma eine Querschnittsaufgabe darstellt, die Bund, Länder und Gemeinden in gleicher Weise fordert. Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass der Bundestag ein Interesse daran haben muss, den Stand der Umsetzung der nationalen Zielvorgaben bei der Bundesregierung nachzufragen.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden Roma aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Gruppenzugehörigkeit verfolgt und über 500.000 von ihnen - Männer, Frauen und Kinder - ermordet. Die Bundesrepublik Deutschland steht aufgrund der Geschichte gegenüber den Roma in einer besonderen Verantwortung. Diese Verpflichtung gilt gegenüber Sinti und Roma in Deutschland und ebenso in Europa.

¹ Wolfgang Bosbach (CDU) ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2009 Vorsitzender des Innenausschusses im Deutschen Bundestag.